

EUROPA-WIRTSCHAFT

DER STAND DER WIRTSCHAFTLICHEN INTEGRATION EUROPAS IM FRÜHJAHR 1964

Halbzeit in Europa

Legt man die 12jährige Übergangszeit bis zur Schaffung eines effektiv gemeinsamen Marktes der sechs Partner der römischen Verträge — Benelux, Deutschland, Frankreich und Italien — zugrunde, so stehen wir in diesem Prozeß nunmehr am Beginn der zweiten Halbzeit. Sechs Jahre sind vergangen, weitere sechs bleiben uns noch, um das zu schaffen, was man sich seinerzeit vorgenommen hat. Was ist erreicht, was ist noch zu tun?

Die Frage nach einer Zwischenbilanz ist berechtigt, wenn man es in Brüssel auch vermieden hat, sie ausdrücklich mit dem Hinweis auf die Halbzeit zu ziehen. Auf dem Wege zu einer Zollunion sind wir ein beträchtliches Stück dem Ziele nähergekommen, sofern man die Landwirtschaft außer Betracht läßt; der gemeinsame Markt indessen harret noch zahlloser Einzelmaßnahmen, die alle zusammen erst den wirklich einheitlichen Wirtschaftsraum ausmachen werden. Alle Binnenzölle liegen bei gewerblichen Gütern heute um 60 vH unter dem Ausgangszoll von 1958. Bei Agrargütern beträgt diese Zahl allerdings nur 7 vH. Als eine unmittelbare Konsequenz hat sich der Binnenhandel zwischen den sechs Staaten in diesem Zeitraum um 130 vH erhöht. Dieser Umstand hat vor allem den Industrien aller beteiligten Länder enorme Absatzchancen eingeräumt und dem europäischen Verbraucher

ein bisher nicht gekanntes breites Warenangebot gebracht.

„Frankreichs Import an Rundfunkgeräten stieg im letzten Jahr um fast 600 Prozent — daran hat die deutsche Industrie verdient“, heißt es in einer großen deutschen Zeitung. Und sie fährt fort: „Die französischen Automobilimporte aus der Bundesrepublik erhöhten sich zwischen 1960 und 1962 im Wert von 15 Millionen Dollar auf 53,7 Millionen Dollar. Der deutsche Autoabsatz in Italien wuchs im gleichen Zeitraum um das Viereinhalbfache. Nach Holland exportierten wir fast doppelt soviel Kraftwagen binnen zwei Jahren. Die Ausfuhr von Modeschmuck aus der Bundesrepublik verfünffachte sich zwischen 1960 und 1962. In derselben Zeitspanne stiegen die Exporte deutscher Uhren um 623 vH.“ Wenn man demgegenüber z. B. das Wachstum des Warenangebots in der Bundesrepublik betrachtet, das sich durch Einfuhren aus den EWG-Ländern enorm verbreitert hat, so stellt man fest, daß es sich bei Textilien um 66, bei Kraftfahrzeugen um 103, bei Spielwaren und Sportartikeln um 108, bei Waschmitteln, Kosmetika und Medikamenten um 65, bei Radio- und Fernsehgeräten um 179, bei Uhren um 183, bei Möbeln um 83 und bei Teppichen um 90 vH erhöht hat.¹⁾

Daß das Bild auf dem Agrarsektor ganz anders aussieht, wissen wir zur Genüge, und periodisch wiederkehrende Verteidigungsmaßnahmen der Grünen Front, die einmal darin bestehen, daß man sogenannte Überproduktion auf den Mist oder unter Umgehung des Handels auf den Markt wirft, oder darin, daß wenigstens zeitweilig billiges EWG-Angebot durch Einfuhrstop dem Verbraucher vorenthalten wird, zeigen, daß ein Anpassungsprozeß, wenigstens ein solcher, den der Verbraucher begrüßt, noch sehr am Anfang steht.

1) Hermann Bohle „Der Verbraucher geht nicht leer aus“, in „Die Zeit“ Tom 28. 2. 1964.

Sehr stark ist in letzter Zeit wieder die Diskussion um die effektiv politische Gemeinschaft Europas in den Vordergrund getreten. Scharfe Worte wurden den „Technokraten“ in Brüssel zgedacht, weil sie sich zu sehr auf das Wirtschaftliche beschränkten. Der französische Partner, vertreten durch Staatspräsident *de Gaulle*, hat in den letzten Monaten alles getan, um Ansätze einer politischen Abstimmung im Keim zu ersticken. Die Skeptiker gegenüber dem deutsch-französischen Freundschafts- und Konsultationsvertrag fühlten sich durch die Extratouren Frankreichs in der Volksrepublik China bestätigt. Dieser Schachzug war allerdings wohl vor allem gegen eine atlantische Verständigung gerichtet. In Europa selbst deutet nichts darauf hin, daß *de Gaulle* seine Vorstellung von einer Union der weitgehend souveränen sechs Kernstaaten aufgegeben hätte, während man in Bonn auf politischem Gebiet eher zögert, um den Außenseitern noch immer die Tür aufzuhalten — eine Haltung, der sich Rom heute offen anschließt, wie sich anlässlich der italienisch-französischen Besprechungen im Februar in Paris deutlich zeigte.

In Brüssel sieht man die politische Entwicklung längst nicht so pessimistisch. In einem Interview erklärte Präsident *Hallstein*, er betrachte seine Arbeit bereits als eine sehr politische, denn es komme darauf an, die Nationalregierungen auf dem Weg über die Wirtschafts- und Sozialpolitik allmählich auch an ein Zusammengehen der „großen“ Politik zu gewöhnen, um so das Ziel, die Föderation, zu erreichen. Diese Auffassung scheint uns außerordentlich realistisch zu sein, denn in der Tat ist der ökonomische Erfolg der EWG etwas sehr Handgreifliches. Kapital und Unternehmerschaft haben sich längst, ohne viele Worte darüber zu verlieren, auf die Einheit Westeuropas eingestellt und betrachten sie als Realität. *Andre Gorz* bemerkte auf einer Arbeitnehmerversammlung Ende des vorigen Jahres in Paris sehr richtig, daß Verärgerung über Fehlschläge, etwa nach den gescheiterten Verhandlungen mit England, heute nicht mehr ausreichen, um die EWG zum Einsturz zu bringen, „weil in den ersten vier Jahren des Gemeinsamen Marktes ein Jahresdurchschnitt von 1000 Zusammenschlüssen und Vereinbarungen zwischen Firmen verschiedener Nationalität zu verzeichnen war“.

Wenn man die eminent politische Kraft in der Wirtschaft früher hauptsächlich hinsichtlich ihrer negativen Auswirkungen auf das Weltgeschehen analysierte und mit Recht brandmarkte, so ist es in Europa nun an der Zeit, diese Kraft im positiven Sinne zu deuten und in Rechnung zu ziehen. Dies kann, wohl gemerkt, natürlich nur dann zu einem guten Ende führen, wenn alles getan wird, um das gesellschaftlich-politische Gegengewicht, die *europäische Arbeiterbewegung*, so weit wie möglich zu einigen und zu stärken.

Das schließt nicht aus, daß zahlreiche sachlich im Vertrag begründete Fragen noch offenstehen und innerhalb von sechs Jahren geregelt werden müssen. Das Niederlassungsrecht, die Kartell-, Energie- und Verkehrspolitik, die Harmonisierung der Steuern und der Sozialleistungen, die Abstimmung in Richtung auf eine europäische Wirtschaftspolitik, die Währungspolitik und Inflationsbekämpfung — dies und anderes mehr steht noch an.

Eine Idee, die immer wieder zurückgestellt wurde, ist erneut in den Vordergrund getreten: die *Fusion der Exekutiven* der EGKS, der EWG und EURATOM. Indessen ist sicher, daß eine bloße Fusion der Gremien nichts bedeuten würde, solange die drei Verträge nicht selbst aneinander angepaßt sind. Denn man kann, um nur ein Beispiel zu nennen, noch immer keine europäische Energiepolitik machen, solange die Kohle dem Recht der EGKS, das Erdöl aber der EWG untersteht.²⁾

Stellen wir die Frage, welche Aufgaben im Interesse der Weiterentwicklung des europäischen Gemeinschaftswerkes für das Jahr 1964 vordringlich wären, so dürften die sieben Punkte, die das Verbindungsbüro der Sozialistischen Parteien der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel, zusammengestellt hat, davon ein Bild geben: 1. Erweiterung der Befugnisse des Europäischen Parlaments, 2. Verschmelzung der Exekutiven von EWG, EURATOM und EGKS, 3. Vorbereitung einer mittelfristigen Wirtschaftspolitik, 4. Durchführung einer gemeinsamen Agrarpolitik, 5. volle Durchführung der Sozialpolitik, 6. Realisierung einer unprotektionistischen Handelspolitik und 7. die Popularisierung der Tätigkeit der Europäischen Gemeinschaften.³⁾ die vier Punkte, die der deutsche *Bundeswirtschaftsminister* am 4. Februar 1964 in Brüssel als die dringlichsten nannte, treffen sich mit diesen auf dem Gebiet der Fusion der Exekutiven und dem der weltweiten Handelspolitik. Auch Konjunktur- und Steuerpolitik und die darin enthaltenen Branchenfragen gehören zu dem gleichen Problembereich, den die Sozialisten in den Punkten 3 und 4 ansprechen.⁴⁾

Uns scheint, daß es zu Beginn der 2. Halbjahrzeit auf dem Wege zu einem einigen Europa an der Zeit wäre, die Bevölkerung der betroffenen Staaten zur Mitverantwortung heranzuziehen. Sie kann nicht länger nur durch allerlei beratende Gremien vertreten werden, sondern sie muß Männer und Frauen ihres

2) Zu den Detailfragen der Fusion gehört z. B. auch der Streit um die Zahl der Sitze in der neuen gemeinsamen Kommission. *Hallstein* will die Zahl 9 nicht ändern, während von anderer Seite eine Zahl von 14, die die Länder besser repräsentieren kann, zuzüglich einem Arbeitnehmervertreter vorgeschlagen wird („Die Zeit“, 6. 3. 64).

3) „Sozialistische Europa-Korrespondenz“, Nr. 5—1964.

4) „Tagesnachrichten des Bundesministers für Wirtschaft“, Nr. 4649 (5. 2. 1964).

Vertrauens wählen und *direkt* in ein europäisches Parlament senden können, Männer und Frauen, die das Straßburger Mandat nicht neben einem nationalen Mandat ausüben, sondern die sich persönlich und fachlich allein der europäischen Sache verschreiben. Es gilt auf nationaler wie auf supranationaler Ebene damit aufzuhören, die Europapolitik mit der linken Hand zu machen.

Die Weltwirtschaft vor der Tür

Die EWG kann keinen Alleingang machen, weil sie eng und vielfältig mit der Weltwirtschaft verbunden ist — sei es, weil andere Industriestaaten ihre Erzeugnisse auch weiterhin zu günstigen Bedingungen bei uns absetzen wollen, sei es, weil die Entwicklungsländer (vor allem als noch immer überwiegende Rohstofflieferanten) Handel mit denjenigen Ländern treiben wollen, mit denen sie sonst über oft demütigende Hilfslieferungen verkehren müssen.

Die neuen Zollsenkungsverhandlungen im Rahmen des Zoll- und Handelsabkommens (GATT), die unter der Bezeichnung „Kennedy-Runde“ bekannt geworden sind, werden am 4. Mai 1964 in Genf feierlich eröffnet werden. Hier geht es vor allem um die sehr massiven Interessen der Industrieländer, allen voran die der USA, die nicht zuletzt in der Existenz der EWG eine Gefahr für ihre Absatzchancen sehen. Ziel der Verhandlungen ist es, zu beträchtlichen allgemeinen Zollsenkungen zu kommen und dabei, wenn möglich, zugleich Disparitäten, d. h. unterschiedliche Zollsätze für gleiche Waren in den einzelnen Partnerländern auszuräumen.

Besonders hart werden die Fronten auch hier auf dem Agrarsektor zusammenprallen, weil die EWG-Marktordnung für landwirtschaftliche Güter — die kurz vor dem Jahreswechsel noch zusammengestellt wurde und eine der schwersten inneren Krisen beendet hat — heute 85 vH aller Agrargüter umfaßt. Gerade hier aber möchten, wie wir anlässlich des „Hähnchen-Krieges“ sahen, die Amerikaner gern einbrechen. Eines allein steht fest: daß nämlich die Dauer der Kennedy-Runde wie ihr Ergebnis nicht abzusehen sind.

Vor der Tür Europas stehen weitere Anwärter, die sich von den Ergebnissen der großen Verhandlungen nicht so viel versprechen wie von unmittelbaren Kontakten zur EWG. Vor allem haben nun die Maghreb-Staaten (Marokko, Algerien und Tunesien) ihre Scheu überwunden und sind bereit, die ihnen im Vertrag von Rom zugesicherten Möglichkeiten einer Assoziierung an die EWG in irgendeiner Form wahrzunehmen. Dieser Wunsch liegt auf der Hand, geht doch die Ausfuhr dieser Länder zu 58,1 bzw. 86,7 bzw. 67,5 vH in die Länder der EWG. In ähnlichen Grö-

ßenordnungen bewegt sich ihr Import aus den Ländern der Gemeinschaft.

In einer vergleichbaren Situation befindet sich Israel. Hier hat sich die Benachteiligung durch die EWG-Außenzölle offenbar schon in einem Rückgang der Ausfuhr in diesen Bereich auf unter 25,4 vH niedergeschlagen. Es steht aber außer Frage, daß dieses junge, aufstrebende Land nicht nur durch die Mehrzahl seiner Bewohner geistig eng mit Europa verbunden ist, sondern daß es auch durch die Einfuhr europäischer Güter einen Anspruch auf bevorzugte Behandlung hat. Sicherlich ist es nicht nur die politische Spannung zwischen den arabischen Staaten und Israel, die in Brüssel eine endgültige Stellungnahme immer wieder hinausgezögert hat, sondern auch das massive ökonomische Interesse derjenigen EWG-Staaten und Assoziierten (z. B. Zitrusfrüchte bei Italien und gewisse Kunstfasererzeugnisse bei der Bundesrepublik Deutschland), die eine wirtschaftliche Konkurrenz fürchten.

Die immer wieder in Brüssel erklärte Welt-aufgeschlossenheit der EWG könnte im Mittelmeergebiet eine Bewährungsprobe bestehen. Dazu bedarf es aber echten Handelns, d. h. „politischer Entscheidungen“, denn von selbst wird sich nichts arrangieren. „Es ist klar“, schreibt das niederländische Gewerkschaftsblatt *De Vakbeweging*, „daß das ganze Problem um Israel von politischer Art ist. Fehlt es an politischem Willen, rasch mit Israel zu einem Übereinkommen zu gelangen, dann wird den EWG-Staaten das gelingen, was dem arabischen Boykott nicht geglückt ist, nämlich, der israelischen Wirtschaft einen schweren Schlag zu versetzen.“⁵⁾ Die Mitte März in Brüssel erzielte Einigung über einen dreijährigen Handelsvertrag kann als ein hoffnungsvoller Auftakt zu einer Zusammenarbeit angesehen werden.

Es steht heute schon fest, daß Regelungen im Sinne Israels den härtesten Widerspruch vor allem der Araber in Nah-Ost auslösen werden. Die Frage ist, ob es wirklich keinen Weg gibt, über die Zusammenarbeit der EWG mit den Ländern des Mittelmeerraumes zu einem Ausgleich in der Wirtschafts- und Tagespolitik zu gelangen. Hier initiativ zu werden, ist das, was wir unter „politischem Handeln“ verstehen.

Der Verbraucher in der EWG

Wenn eine wirtschaftliche Großmaßnahme, die unter der Flagge des „besseren Lebens für alle“ begonnen wurde, in die zweite Halbzeit geht, dürfte es berechtigt sein, zu fragen, ob sich das vorgenommene Ziel schon irgendwo am Horizont zeigt. Der europäische Verbraucher, bescheiden genug durch den „Kontakt-

5) G. M. Neemann „Israël en de EEG“, in „De Vakbeweging“, Nr. 3/1964, S. 39.

ausschuß“ in Brüssel vertreten, stellt, wenn er durch die Läden und Warenhäuser seines Heimatlandes geht, zweierlei fest: das Angebot an Waren aller Art ist vielfältiger und internationaler, d. h. europäischer geworden — und die Preise haben sich nach oben entwickelt.

Die Lage des europäischen Verbrauchers von Konsumgütern wird durch die Entwicklung von Einkommen und Preisen bestimmt, und die Kommission der EWG hat, dem wiederholten Drängen des Europäischen Parlaments folgend, begonnen, diesem Fragenkomplex ihre Aufmerksamkeit zu schenken. EWG-Vizepräsident *Robert Marjolin* ging in der Januar-Tagung 1964 des Parlaments erstmalig näher auf diese Beziehungen ein und stellte eine hinreichend pessimistische Analyse zusammen. So sind die Lohnstückkosten in der Industrie zwischen 1959 und 1963 in den Niederlanden um rund 17 vH, in der Bundesrepublik um rund 20 vH, in Frankreich um rund 21 vH und in Italien sogar um etwa 28 vH gestiegen, wobei die Lohnkosten in Frankreich und Italien besonders in die Höhe geschneit sind. Nach seinen Worten haben andererseits die Verbraucherpreise zwischen 1959 und 1963 in den Niederlanden um 10, in der Bundesrepublik um 11, in Italien um 16 und in Frankreich sogar um 19 vH zugenommen.⁶⁾ Diesen Zahlen stehen nun zwar beträchtliche Bruttolohnsteigerungen gegenüber, aber es ist offensichtlich, daß der Verbraucher bisher, im Schnitt betrachtet, nun in einem sehr begrenzten Umfang in den Genuß seiner Lohnerhöhungen gekommen ist.

Es steht außer Frage, daß Lohnerhöhungen, denen Preissteigerungen folgen, bereits den Keim nach neuen Forderungen enthalten, denn es kann keinem Arbeitnehmer daran liegen, Löhne nur nominell auf eine höhere Ebene zu heben. Er wünscht mit Recht den größten Anteil. Und wenn die EWG-Kommission feststellt, daß der Tendenz nach das Brutto-Arbeitseinkommen stärker als das Volkseinkommen gestiegen ist, so ist anzumerken, daß diese Feststellung überhaupt nichts aussagt. „Geht es nicht vielmehr um die Entwicklung der Nettoeinkommen nach Abzug der Steuern und dergleichen? Zieht man dabei noch den Einfluß der indirekten Steuern in Betracht, kann man dann auch noch aufrecht-erhalten, daß das Arbeitseinkommen stärker als das Volkseinkommen zunimmt?“, fragte ein niederländischer Europa-Abgeordneter im Namen des Sozialausschusses.

Es ist in der Tat eine echt politische Stellungnahme, wenn man seitens der EWG-Kommission die Heilmittel ausschließlich auf der Lohnseite und der Seite der öffentlichen Investitionen sieht. Niemand scheint sich Ge-

danken darüber zu machen, daß übermäßige Privatinvestitionen den Konjunkturkessel mehr und mehr anheizen, daß Fehlinvestitionen, unbegründete Preiserhöhungen, Bodenspekulationen und allerlei Maßnahmen zur Gewinnsicherung den Geldwert verschlechtern. Und es ist mißlich, wenn die EWG-Kommission den Anschein erweckt, als wolle sie diesen Geldwert auf Kosten der wirtschaftlich Schwächsten wieder herstellen. „Man wird dem europäischen Arbeiter nicht klarmachen können, daß er, wenn die Preise steigen, keinen höheren Lohn verlangen darf, während alle anderen sozialen Gruppen frei und ungehindert ihre Einkommen und Gewinne vermehren dürfen.“⁷⁾

Leider fehlt es ja noch immer an stichhaltigen Unterlagen, um die Situation des Verbrauchers in der EWG beurteilen zu können, und wenn die EWG-Kommission in diesem Zusammenhang ein Lob verdient, so wegen ihrer Absicht, künftig durch fortlaufende Studien Aufschluß zu geben über die Wirkungen des Gemeinsamen Marktes auf die Verbraucher. Inzwischen bleibt uns nur ein sporadischer und summarischer Überblick.

Sinkende Zölle und eine vermehrte Konkurrenz auf dem Gebiet der gewerblichen Güter haben an sich gute Voraussetzungen für Preissenkungen geschaffen. Wenn trotzdem auch hier ein Trend nach oben fühlbar wird, so kann die EWG bis heute praktisch nur auftriebshemmend gewirkt haben, nicht aber preissenkend. Eine marktwirtschaftliche Erklärung liegt in dem Umstand einer immer noch so starken Nachfrage in der europäischen Wohlstandssphäre, daß sie trotz des vielfältigen und großen Angebots bei stabilen Preisen nicht befriedigt werden kann. Als Heilmittel kann eigentlich nur eine weitere Vergrößerung des Marktes in Betracht kommen, d. h. also einmal ein weiterer Abbau der Binnenzölle, um den innereuropäischen Warenaustausch weiter zu intensivieren, und dann vor allem eine Öffnung der EWG gegenüber Drittländern, allen voran den USA. Könnten sie zusammen mit anderen Anbietern ihre Waren auf den Europäischen Markt werfen, dürfte — ein echter Wettbewerb vorausgesetzt — bald eine Wendung zum Guten, d. h. zum Billigen eintreten.

Noch deutlicher wird die Konsequenz der EWG-„Autarkie“ auf dem Sektor der Nahrungsmittel. Nach Angaben des Statistischen Amtes der EWG beträgt der Grad der Selbstversorgung der Sechsergemeinschaft mit Getreide 90 vH, mit Reis etwa 82 vH, mit Zucker über 100 vH, mit Käse fast 100 vH, mit Butter über 100 vH, mit Kondensmilch weit über 100 vH und mit Fleisch 83 vH. Dies alles — wohl gemerkt — zu den bei uns

6) „Informationschenst des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung“, 15. Jg., Nr. 4/64, S. 1 (25.2.1964).

7) G. M. Nederhorst „Eine einseitige Stellungnahme“, in „Sozialistische Europa-Korrespondenz“, Nr. 6/1964 (9. 2. 64), S. 4.

üblichen Preisen. Die Abschließung der EWG gegen die billigen Agrareinfuhren ist handelspolitisch allein für den Preisstandard bei uns verantwortlich.

Sicherlich wäre es ungerecht, wollte man jetzt, nach sechs Jahren, wo noch jeder seine Position zu verteidigen sucht, die Lage des Verbrauchers als „Folge der EWG“ bezeichnen. Indessen: die offene Kampfansage

des DGB gegen die Preistreiberei in der Bundesrepublik sollte schleunigst auch auf die europäische Ebene gehoben werden, denn in sechs Jahren wird es — ceteris paribus — eine deutsche Wirtschaft nicht mehr geben. Wie dann die europäische Wirtschaft aussieht, steht dahin, denn jedermann weiß, daß sich Preise eben nicht nur durch Angebot und Nachfrage bestimmen.

Dr. Wolf Donner